Höhere Mehrwertsteuer für die AHV

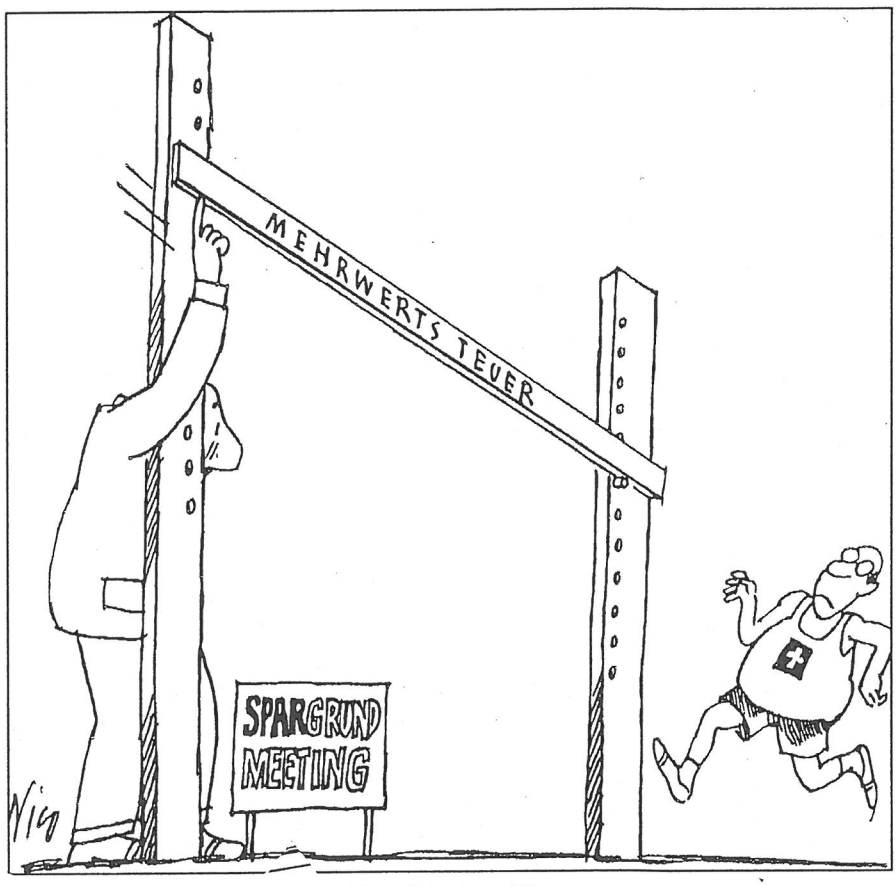
Die Bundeshilfe soll ab 1997 plafoniert werden

Der Bundesrat erwägt, die Bundeshilfe an die AHV ab 1997 zu plafonieren und dafür die im Prinzip schon beschlossene Anhebung der Mehrwertsteuer allmählich zugunsten der AHV vorzuziehen.

■ VON WILLY SCHENK, BERN

Die im Bundesrat noch umstrittene Massnahme würde beim Budget 1997 etwa 130 Millionen Franken, in den folgenden Jahren aber wesentlich höhere Summen einsparen. Ausser der AHV sollen auch die Arbeitslosenversicherung und die Landwirtschaft Opfer bringen, diskutiert wird zudem über weitere Ausgabeposten. Alle Massnahmen bleiben im Bundesrat umstritten. Mit konkreten Beschlüssen ist nicht vor dem kommenden Mittwoch zu rechnen.

Der Bundesrat hat bei seinen Budgetberatungen diesen Mittwoch im Grundsatz die Plafonierung der Ausgaben von 1997 auf dem Stand des Vorjahres und damit die Einsparung von insgesamt 1,3 Milliarden Franken beschlossen. Er verlangt vom Parlament die Vollmacht zur Einführung einer Kreditsperre. Damit kann das Geld für alle Ausgabenrubriken gekürzt werden, falls das vorgegebene Sparziel im Rahmen der Sparanstrengungen nicht erreicht wird.



Der Geist ist willig.

KOMMENTAR

Zu Lasten der AHV-Zukunft

■ VON CHRISTINA LEUTWYLER

Der Bundesrat möchte die Konsumentinnen und Konsumenten bei der Mehrwertsteuer stärker zur Kasse bitten, um die AHV-Renten zu finanzieren. Zwar hat er noch nicht definitiv entschieden, aber er lässt verschiedene Varianten im Detail prüfen. Es könnte sein, dass die Konsumsteuer bereits 1997 um ein viertel oder gar ein halbes Prozent angehoben wird.

Die Schweizerinnen und Schweizer haben im Herbst 1993 ein klares Zeichen gesetzt, dass sie gewillt sind, die AHV- und IV-Renten zu sichern. Damals hiessen sie die Verfassungsbestimmung gut, wonach die Mehrwertsteuer zugunsten dieser Sozialwerke um bis zu einem Prozent erhöht werden kann. Dies entspricht einem Betrag von jährlich 1,8 bis 2 Milliarden Franken.

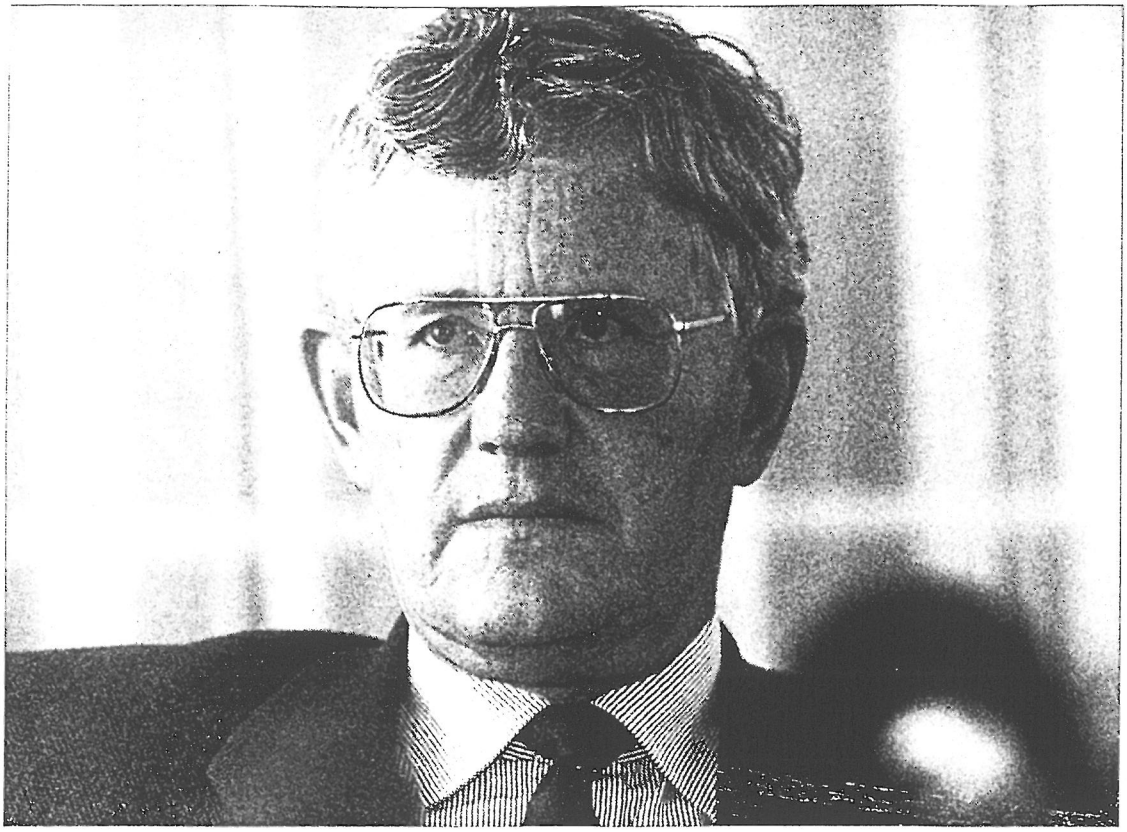
Nur: Es war immer klar, dass mit diesem Mehrwertsteuer-Prozent die Finanzlücke geschlossen werden soll, die sich wegen der steigenden Zahl von Altersrentnern öffnet; so steht es im übrigen auch in der Verfassung. Die Experten des Bundes, welche die längerfristige Finanzierung der Sozialversicherungen untersucht haben, gingen davon aus, dass diese Quelle erstmals im Jahr 2000 angezapft würde.

Der Bundesrat plant nun aber, die Konsumsteuer schon früher für die AHV heranzuziehen. Und gleichzeitig will er ab 1997 die Bundesbeiträge an die AHV nur noch im Ausmass der Teuerung und nicht mehr im Gleichschritt mit dem schnelleren Wachstum der AHV-Ausgaben anheben. So spart er im kommenden Jahr 130 Millionen, im Jahr 2000 bereits 350 Millionen. Faktisch bedeutet dies: Statt die finanziellen Probleme der AHV zu lösen, entlastet der Bundesrat die Kasse der Eidgenossenschaft.

Nicht nur für die AHV, auch für die Arbeitslosen soll die Bundeskasse weniger ausgeben. Diesen will der Bundesrat das Taggeld senken oder weniger lang ausrichten und so 300 Millionen einsparen. Damit verschärft er selbst das soziale Klima, das er gerne beschwört, wenn Grosskonzerne Tausende von Arbeitsplätzen wegrationalisieren.

Doch nicht nur das: Während im Sozialen und auch in der Landwirtschaft der Rotstift angesetzt wird, gelingt es Interessengruppen aus der Wirtschaft immer noch, beim Bund Steuererleichterungen herauszuholen – zum Beispiel bei Auslagen für Geschäftsautos. Auch die Hotellerie, deren Kunden zu einem guten Teil aus dem Ausland kommen, profitiert neu von einem tieferen Mehrwertsteuersatz.

Finanzminister Kaspar Villiger betont unermüdlich, wie schwierig es sei, die Bundesfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Wenn sich Bundesrat und Parlament nicht an eine gewisse Opfersymmetrie halten, werden sie dabei aber keinen Erfolg haben.



Düstere Finanzperspektiven zwingen Bundesrat Kaspar Villiger zu unpopulären Massnahmen. BILD KEYSTONE

Drohung mit Kreditsperre

Mit neuem Instrument will Bundesrat Einsparungen von 1,3 Milliarden erzwingen

Der Bundesrat will die Ausgaben 1997 auf dem Stand von 1996 plafonieren. Die erforderliche Einsparung von 1,3 Milliarden Franken würde vor allem die AHV, die Arbeitslosenversicherung und die Landwirtschaft treffen. Sollte das Kürzungsziel nicht erreicht werden, will der Bundesrat die restliche Einsparung über eine Kreditsperre erzwingen.

■ VON WILLY SCHENK, BERN

Die Kreditsperre tritt in Funktion, wenn Bundesrat und Parlament bei den Sparvorschlägen das vereinbarte Ziel nicht erreichen. Für diesen Fall verlangt der Bundesrat in einem Dringlichen Bundesbeschluss das Recht, das Geld bei jeder einzelnen Ausgabenrubrik um einen bestimmten Prozentsatz zu verringern. Wenn das Sparziel beispielsweise um 500 Millionen Franken verfehlt wird, so müssen die Kredite für alle Bundesausgaben um 2 Prozent vermindert werden.

Schweizer Erfindung

Die Kreditsperre ist, wie Finanzminister Kaspar Villiger am Donnerstag im Bernerhof erklärte, eine Schweizer Erfindung. Sie soll einen breiten Ausgabenbereich treffen, aber in einem verkraftbaren Ausmass. Ausgenommen bleiben bloss Zinszahlungen, Überweisungen an die Kantone und Bundesbeiträge an Sozialversicherungen. Damit ist bereits mehr als ein Drittel der gesamten Bundesausgaben von der Kreditsperre befreit. Ergeben sich bei anderen Rubriken – etwa den Beiträgen an internationale Organisationen – Probleme, so kann der Bundesrat auf Antrag Ausnahmen gewähren.

Damit die Verknappung des Geldstromes bei den einzelnen Rubriken verkraftet werden kann, sollte nicht mehr als 2 Prozent gesperrt werden. Das ist immer noch einschneidend. Die Kreditsperre trifft auch das Personal. Ist der Spielraum für die Steuerung des Geldflusses bei den Budgetrubriken jetzt noch eng, so haben die Bundesstellen bei der Finanzplanung für kommende Jahre einen grösseren Spielraum. Die Kreditsperre ist dort bereits eine Vorstufe für das im Rahmen der Verwaltungsreform angestrebte Globalbudget.

Notausgang für Wirtschaftskrise

Wie Bundesrat Kaspar Villiger am Donnerstag im Bernerhof ausführte, verlangt der Bundesrat vom Parlament auch die Vollmacht, die Kreditsperre im Falle einer Rezession ausser Kraft zu setzen. Die heutige Budgetplanung geht von einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent im nächsten und 2 Prozent in den folgenden Jahren aus. Der Bundesrat möchte sich aber für den Fall einer Rezession einen Notausgang offenhalten.

Die Kreditsperre soll künftig als Damoklesschwert über der Budgetplanung schweben und Widerstände gegen Kürzungen brechen. Dies dürfte im kommenden Budget wirksam werden: Gegen die vom Finanzminister vorgeschlagenen Kürzungen wehrten sich einzelne Mitglieder des Regierungskollegiums massiv. So etwa bei der Arbeitslosenversicherung, wo eine Kürzung der Taggelder für Verheiratete von 80 auf 72 Prozent und für Ledige von 70 auf 63 Prozent im Gespräch ist. Damit könnten etwa 300 Millionen eingespart werden. Bei der AHV soll der Bundesbeitrag plafoniert und der Fehlbetrag durch eine höhere Mehrwertsteuer ausgeglichen werden. Damit würden 1997 130 Millionen, in den folgenden Jahren aber wesentlich höhere Beträge eingespart.

Auch Kleinvieh macht Mist

Wie Villiger am Donnerstag berichtete, stiessen beide Vorschläge bei den Kollegen auf Widerstand. Bis zur nächsten Sitzung muss das Finanzministerium bei der Arbeitslosenversicherung Alternativen vorlegen. Protest löst auch die Kürzung der Milchmenge um 5 Prozent aus. Eingespart würden 100 Millionen. Der Einnahmeverlust bei den Bauern würde aber 150 Millionen betragen und einen realen Einnahmeausfall bewirken, der grösser wäre als die vorgeschlagenen Kürzung der Taggelder für die Arbeitslosen.

Bei Militär und Entwicklungshilfe ist laut Villiger eine nominelle Plafonierung der Ausgaben vorgesehen. Dies bedeutet Verzicht auf Teuerungsausgleich und ist somit eine reale Kürzung. Etwa 55 Millionen wären einzusparen bei Bildung und Forschung und weitere 50 Millionen im Bereich Krankenversicherung. Wie Villiger ausführte, machen die Kürzungen in diesen sieben Kernbereichen 90 Prozent der vom Finanzministerium vorgeschlagenen Opfer aus. Der Rest – etwa 100 Millionen – verteilt sich auf 50 kleinere Positionen, denen Villiger nach dem Motto «auch Kleinvieh macht Mist» Opfer auferlegen will.

Im Grundsatz beschlossen hat der Bundesrat bisher bloss die Plafonierung der Ausgaben auf dem Stand von 1996 und die Einführung der Kreditsperre als Damoklesschwert. Bei den übrigen Posten sind vor der nächsten Bundesratssitzung keine Entscheidungen zu erwarten.